



**Werte und  
Verantwortung  
von Eliten in  
Wirtschaft,  
Wissenschaft  
und Politik**

Die Bundestagswahl mit dem Ergebnis einer Großen Koalition hat in den Parteien eine Debatte über die Schärfung des eigenen politischen Profils ausgelöst. Neben der inhaltlichen Ausrichtung ihrer Programmdebatten geht es auch um Versäumnisse der Vergangenheit in Bezug auf die Orientierungs- und Führungsfunktion von Parteien und auch allgemein von Eliten in der Gesellschaft.

Wer sind heute die Eliten? Politische und kirchliche Würdenträger, Wirtschaftsführer, Chefredakteure großer Wirtschafts- und vor allem Boulevardmedien, Analysten und systemgesteuerte Finanzinvestoren, erfolgreiche und gut aussehende Sportler, schillernde Medienstars, Elitenetzwerke wie zum Beispiel Rotary-Clubs mit Paten und Rotariern?

Welche Verantwortung, welche Spielräume und Zwänge haben Eliten in der Gesellschaft?

Aus Sicht der Sozialdemokratie sollten der Begriff und die reale gesellschaftliche Rolle von Eliten von vornherein einen inneren Bezug zur sozialen Verantwortung aufweisen; der jahrelang verpönte Elitebegriff ist jetzt zu einem Schlüsselbegriff auch in den Debatten der sozialen Demokratie geworden. Die Frage ist: Worin besteht diese Verantwortung, die sozusagen in den Elitebegriff, jedenfalls wie ihn die Sozialdemokratie benutzt, immer schon einfließt?

## INHALT

Das Thema Werte und Verantwortung von Eliten für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist höchst aktuell, es ist grundsätzlich, weil es Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens betrifft, und es ist auch provokant, weil immer wieder, wenn das Thema zur Sprache kommt, sich zu Recht zumeist viele provoziert fühlen.

Die beiden Parteien, die die Große Koalition bilden, haben sich auf den Weg gemacht, ihr eigenes Programmprofil zu schärfen, um wieder eine größere Einheit zwischen dem, was sie öffentlich deklarieren und dem, was sie dann in der Praxis tun, herbeizuführen, um einen Kompass anzubieten in der Gesellschaft für das, was sie anstreben und auf diese Weise auch Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Was vor geraumer Zeit, oder sogar vor ziemlich kurzer Zeit, in der SPD noch tabuisiert war, ist heute ein öffentliches Thema, nämlich die Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Politik und ein Bekenntnis zu Bildungs-, Funktions- und Kultureliten in der Gesellschaft. Der ehemals aus nachvollziehbaren Gründen jahrzehntelang verpönte Elitebegriff ist jetzt zu einem Schlüsselbegriff auch in den Debatten der sozialen Demokratie geworden.

Die Frage ist: Worin besteht diese Verantwortung, die sozusagen in den Elitebegriff, jedenfalls wie ihn die Sozialdemokratie benutzt, immer schon einfließt? Worin besteht diese Verantwortung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen weiter? Vor allem in der Wirtschaft, gleichermaßen in der Wissenschaft, in den Gewerkschaften, in der Politik und besonders in unserer Zeit in den Medien. Und die Frage, die sich anschließt: Wie kann erreicht werden, dass die jeweiligen Eliten ihrer sozialen Verantwortung auch gerecht werden? Muss es dabei bei gelegentlichen Appellen bleiben, wenn die Verantwortungsdefizite zu groß, zu empörend erscheinen? Appellen, die meistens wirkungslos verpuffen. Oder gibt es wirksame, verbindliche Strategien, um die soziale Verantwortung, die gesellschaftliche Verantwortung von Eliten einzufordern? Wie könnten solche Strategien aussehen?

Das öffentlich sichtbare Eliterverhalten ist ein wesentlicher Faktor der sozialen Integration, Rollenvorbild für viele und vor allem auch für das Legitimationsempfinden in der Gesellschaft. Sind aber unsere Eliten selbst noch ausreichend sozial integriert oder schaffen Globalisierung und die wirklichen oder oftmals auch nur vermeintlichen Marktzwänge einen Leerraum, in dem Eliten handeln können in Distanz zur Gesellschaft? Sozusagen losgelöst von den Erwartungen, von den gemeinsamen Wertgrundlagen der Gesellschaft mit Verweis auf anonyme Zwänge der Globalisierung, der Märkte, was immer. Lassen also die Strukturen, die sich heute herausbilden wie stärkere Marktzwänge, Globalisierung, überhaupt noch wirklichen Spielraum für Eliteverantwortung? Fragen, denen wir uns in den nachfolgenden Beiträgen widmen.

---

## Dezember 2006

ISSN 1861-8014

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Politische Akademie  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Telefon:* 0228 883-326  
*Fax:* 0228 883-695

*Redaktion:* Gisela Zierau  
*Fotos:* Reiner Zensen  
*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign  
*Druck:* Printservice von Wirth

© Friedrich-Ebert-Stiftung



PROF. DR. JÜRGEN KOCKA

## Die Verantwortung der Eliten – Spielraum und Zwänge in der Gesellschaft

In der demokratietheoretischen Diskussion hat sich die Überzeugung eindeutig durchgesetzt, dass die Existenz von Eliten und die Realisierung von Demokratie vereinbar ist und auch Demokratien nicht ohne Eliten auskommen. Obwohl verschiedene Autoren den Elitebegriff verschiedenartig benutzen, bedeutet er im Kern – und zumindest –, dass in jeder Gesellschaft hinsichtlich der Ausübung von Einfluss und Macht – meist verbunden mit der Verteilung von Lebenschancen und Ansehen – ausgeprägte Unterschiede bestehen und dass eine bestimmte, mehr oder weniger klar abgrenzbare Minderheit über asymmetrisch große Einfluss- und Machtchancen in Bezug auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen verfügt, über die die große Mehrheit der Gesellschaft nicht verfügt.

Zentrale Frage ist, unter welchen Bedingungen ist es möglich, dass Eliten und Demokratie miteinander vereinbar und sozusagen förderlich sind, und wie sind diese Bedingungen für die Vereinbarkeit von Eliten und Demokratie zukünftig noch zu verbessern?

Jürgen Kocka hat sich dem Thema normativ genähert und beschreibt vier Bedingungen, die für eine funktionierende Rückbindung der Eliten in einen demokratischen Kontext vollkommen erfüllt sein müssen:

Erstens: Es muss mehrere Eliten geben. Stichpunkt Elitenpluralismus, der sich darin ausdrückt, dass es der gewollten Architektur unserer Demokratie entspricht, dass die Wissenschaftler Wissenschaft betreiben, die Künstler sich nicht der politischen Zensur unterwerfen mögen und



die kapitalistischen Unternehmer nach den Regeln des Marktes, wenn auch im Rahmen der Gesetze, den größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens zu erreichen versuchen. Würde sich die eine Teilelite die anderen untertan machen und die Logik ihres Teilbereichs den anderen Teilbereichen aufzwingen wollen, wäre Gefahr in Verzug. Gefahr für die Freiheit und Gefahr für die Leistungsfähigkeit des Systems wie seiner Teile.

Zweitens: Der Zugang zu Elitenpositionen muss relativ offen sein. Stichwort Elitenrekrutierung. Hier variieren die Regeln des Zugangs zu Elitenpositionen in den Teilbereichen. Wenn, was die Regel ist, Ausbildung und Bildung, besonders akademische Bildung, meistens als Elitenzugangsvoraussetzung wichtig ist, muss unter demokratischen Bedingungen gewährleistet sein,

Jürgen Kocka, geb. 1941,  
Präsident des Wissenschaftszentrums  
Berlin für Sozialforschung

dass der Zugang zu diesen Bildungsqualifikationen weit offen ist. Hier hat die PISA-Studie gezeigt, dass es trotz aller Bemühungen seit den 1960er Jahren, trotz aller Bemühungen um den Ausbau und um die Demokratisierung des Bildungswesens, in Deutschland mit der Offenheit des Zugangs zu Elitepositionen nicht gut steht, auch nicht im europäischen Vergleich, insbesondere für Leute mit Migrationshintergrund. Andere Untersuchungen zeigen zur Rekrutierung von Spitzenunternehmern und Managern ein erstaunlich hohes Maß an Statusvererbung und Exklusivität. Dagegen ist der Zugang zu politischen Elitepositionen in Deutschland relativ offen. Offener als in Frankreich und England, sagt man, wengleich ungeheuer stark durch Parteizugehörigkeit geprägt.

Drittens: Es muss eine gewisse Rückbindung der Eliten an die Gesellschaft, der Minderheit an die Mehrheit gewährleistet sein. Stichwort Elitenlegitimität. Diese Rückbindung hat sehr viele Formen. Zu nennen ist hier beispielsweise die zeitliche Befristung von Elitepositionen in der Politik durch das Wahlprinzip, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen oder auch die Fähigkeit des Publikums, die Deutungsangebote der Intellektuellen zu ignorieren oder sie anzunehmen. Aber wie viel Rückbindung braucht es? Besteht solche Einbettung der Eliten in die sie umgebende Gesellschaft nicht – und im Zuge der Globalisierung wird diese Gefahr eher größer – dann sind nicht nur demokratische Prinzipien in Gefahr, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft.

Viertens: Eliten müssen leistungskräftig sein. Für Kocka wird das Problem der Verantwortung in diesem letzten Punkt besonders deutlich. Wie bringt man die Eliten dazu leistungsbereit, leistungsfähig und zukunftsorientiert in Qualität und Output ihrer Arbeitsergebnisse, zu sein? In Folge der Globalisierung fallen zunehmend politische und soziale Räume auseinander. Die nach wie vor dominanten nationalstaatlichen Institutionen der Regierung verfehlen zunehmend einen wachsenden Teil der Prozesse und Probleme, die sie regeln wollen und sollen. Insofern gilt, was wirtschaftliches Führungspersonal oft schon erreicht: Man muss über mehr Internationalität verfügen, in der Orientierung, in den Kompetenzen, in den sozialen Beziehungen, die man aufbaut. Kurz, und das wäre auszuführen, Innovationsfähigkeit muss als zentrale Schlüsselkompetenz gelten, und dabei müssen Akteure und Agenturen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat zusammengebracht werden. Man braucht also sektorenübergreifende Kompetenz, sektorenübergreifende Problemlösungskompetenz. Elitenaustausch über Teilsysteme hinaus ist notwendig. Größere Fluidität zwischen den Eliten ist nötig, und damit ist es in Deutschland weniger gut bestellt als in anderen Ländern, das zeigen empirische Studien.

Für Kocka folgt aus all dem, dass die Verantwortung von Eliten sie über den Tellerrand ihres jeweiligen Spezialfeldes und ihrer Partikularinteressen hinaus auf ihre soziale Verantwortung verweist, jedenfalls auf allgemeinere Probleme, auf Fragen des Gemeinwesens und des Gemeinwohls, damit auch letztlich auf Fragen der Moral und Politik in Staat und Zivilgesellschaft.

DR. MARTIN SCHÜRZ

## Die Verantwortung der Unternehmer zwischen Staat, Markt und Gesellschaft

Martin Schürz nähert sich der Frage, ob die Wirtschaftseliten ihr Verhalten wieder stärker in Einklang mit Werten und Erwartungen in der Gesellschaft bringen können, zunächst mit einer analytischen Präzisierung dieser Unternehmer- und Verantwortungsfrage. Die erste Variante zeigt er kann mit der Position von Milton Friedman, den Vater des Monetarismus, beschrieben werden: Demnach müsse jedes Subsystem, ähnlich wie es Kocka formuliert hat, angesichts des Wertpluralismus in einer ausdifferenzierten Gesellschaft, seiner Eigenlogik folgen. Hieraus folgt, für die soziale Verantwortung von Unternehmen Gewinne zu erzielen, unter Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die in dieser Aussage enthaltene ethische Regel der Gesetzestreue und des Werturteils der Gewinnerzielung ist nach Auffassung von Schürz als Position zunehmend ins Hintertreffen geraten. Denn beliebt war die Trennung von Wirtschaft und Ethik vormals nicht nur in der marktliberalen Variante, sondern selbst Karl Marx erwies der Moral nur implizit seine Referenz, indem er sich ihr bewusst entsagte.

Aktuell beliebter ist die zweite Variante, die Schürz moralisierende Ethik nennt, die die Kombination von einem herrisch radikalen Gestus, der dem Markt seine Referenz erweist, und herz-wärmenden Werten, denen in kalten kapitalistischen Zeiten die Treue zu halten sucht. Diese Position akzeptiert die in der Wirklichkeit vorzufindenden Marktversagen und Marktunvollkommenheiten. Am Beispiel der Debatte um die Abschaffung der Nachlasssteuer in den USA kann aber auch gezeigt werden, dass Werte nicht einfach ein Reflex von Interessenspositionen sind.

Gegen die Abschaffung der Nachlasssteuer waren u.a. der Vater von Bill Gates und Leute aus der Rockefeller-Dynastie. Wogegen von bestimmten Gruppen von reichen Unternehmern ein rationaler Diskurs geführt wurde, mit dem Argument, es handle sich hier nur um eine Bagatellesteuer, da nur die reichsten zwei Prozent in den USA betroffen sei. Und die armen Menschen eher für eine Abschaffung aus abstrakten Gerechtigkeitsgründen waren.



Am häufigsten ist aber die dritte Variante anzutreffen, die einen ethisch konvertierten Homo Oeconomicus hat, der seine Interessen eloquent mit Werten vertreten kann, der Bezug nehmen kann auf gesellschaftliche, moralische Debatten. Der aber trotzdem im Kapitalismus bestehen muss.

Dr. Martin Schürz, geb. 1964,  
Head of Monetary Unit, Austrian National  
Bank, Department of Economic Analysis,  
Vienna

Bezüglich dieser Variante „Gewinnmaximierung plus Werte“ zeigt sich Schürz skeptisch und formuliert folgende Argumente dagegen:

Werte sind wegen des Wertpluralismus kein geeignetes emanzipatorisches Potential; es ist eine Form der Freiwilligkeit. Die Freiwilligkeit hat aber kein institutionelles Sanktionsmodell in diesem Corporate, in diesen Codes of Contact und in diesen ganzen Verhaltenskodizes. Man kann Entscheidungen daran messen, aber man kann sie nicht sanktionieren. Deswegen sind diese Werte ein schlechtes Surrogat, ein schlechter Ersatz für den Niedergang des Korporatismus. Die Unternehmer werden in vielen nicht ökonomischen Fragen zum Ansprechpartner und sind wegen der diffusen Anforderungen überfordert. Unter Bedingungen eines modernen Wertpluralismus müssten Zweckrationalität und Wertrationalität prozedural ergänzt werden, resümiert Schürz. Gesellschaftliche Vorstellungen sowohl

von ökonomischer Effizienz als auch von Gerechtigkeit und Gemeinwohl haben sich gewandelt und tun dies weiter. Die Durchsetzung von ethischen Standards bleibt Sache sozialer Auseinandersetzungen und ist nicht von der Ökonomie vorgegeben, da diese ihrerseits von Werten abhängig bleibt. Der Diskurs zur Verantwortung von Unternehmern ist selbst elitär begrenzt und ist thematisch recht arbiträr auf den Exzess eingegrenzt, das Zuviel, der Überschuss. So lange ich das Zuviel nicht genau spezifizieren kann, bleibt dieser mediale Diskurs im Diffusen. Normativ formuliert: Eine ethische Debatte zur Verantwortung von Unternehmern muss immer mitreflektieren, welche Chancen haben sie in öffentliche Diskurse Eingang zu nehmen? Wie kann tatsächlich eine Wertforderung, ein Wertpostulat an Unternehmer zu einer öffentlichen Debatte werden, die man politisieren kann? Das hält Schürz für wesentlich.



MICHAEL GUGGEMOS

## Internationale Gewerkschaften, Ethik und Politik

Warum dieser Titel? Zunächst reflektiert Michael Guggemos über die Frage, warum im Leitthema „Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik“; der Begriff Gewerkschaften nicht genannt wird, stattdessen aber das Thema für den Gewerkschaftsvertreter mit dem Begriff international verbunden ist. Guggemos diskutiert drei Punkte, die aus seiner individuellen Sicht zum Zusammenhang von Internationalen Gewerkschaften, Ethik und Politik gedanklich wichtig sind:

Erstens: Gewerkschaften und Gewerkschafter werden nur als eine Teilgruppe von Eliten begriffen. Sie sind eine Teilgruppe sowohl im Bereich von Wirtschaft wie im Bereich von Politik. Auch sind sie im Bereich der Elitenförderung über ihre Förderstiftungen tätig. Diese Zuordnung begründet sich durch die Aufgaben und Rollen in denen die Gewerkschafter wichtige Entscheidungen mitverantworten, als Betriebsräte, als Aufsichtsräte, als Tarifpolitiker in Betrieben, in Unternehmen, in ganzen Branchen. Das reicht vom Aushandeln von Tarifverträgen mit Langzeitwirkungen über Investitionsentscheidungen bis hin zu Fusionen, zu Übernahmen, zu Standortverlagerungen und dies oft mit sehr weitgehenden Eingriffen in das Leben von Beschäftigten. Die Frage ist auf welcher ethischen Basis füllen Gewerkschaften ihre Aufgaben und Rollen aus und was ist ihr Selbstverständnis im Gegenpart zu anderen Gruppen der Teileliten, dem Management im Unternehmen? Eine Sichtweise ist, dass Gewerkschaften in Deutschland von vielen als Lohnmaschine gesehen werden, als ein Apparat der losgelöst von vielen Bereichen handelt. Diese Sichtweise hält Guggemos für falsch. Obwohl Gewerkschafter in Tarifrunden natürlich



um sichere und höhere Löhne und Gehälter der Beschäftigten streiten, geschieht dieses Streiten um Einkommen nicht um des Einkommens Willen, sondern weil Einkommen Mittel zum Zwecke der Lebensführung sind. Amataia Senn, der ja für seine Arbeit 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat, hat das folgendermaßen einmal formuliert: „Tatsächlich haben wir im Allgemeinen hervorragende Gründe uns mehr Einkommen und Reichtum zu wünschen. Doch nicht weil Einkommen und Reichtum mir als Selbstwillen erstrebenswert sind, sondern weil sie in der Regel wunderbare Allzweckmittel sind, um eine größere Freiheit bei der Wahl der von uns als vernünftig eingeschätzten Lebensführung zu gewinnen“. Also eine größere Freiheit bei der Wahl der Lebensführung zu gewinnen, dies ist letztendlich das Ziel, warum Gewerkschaften von abhängig Beschäftigten als gemeinsames Instrument der

**Michael Guggemos, geb. 1956,  
Leiter des Berliner Büro des IG Metall  
Vorstandes**

Interessenvertretung gegründet und heute als Mitglieder in diesen Organisationen auch getragen werden. Die Freiheit, ein verantwortliches Leben zu führen, ist jedoch in einer Wirtschaft, in der die Macht einseitig verteilt ist, für abhängig Beschäftigte immer von neuem zu erstreiten. In der Bundesrepublik sind für diesen Streit institutionelle Antworten in Form von betrieblicher Mitbestimmung durch Betriebsräte oder in der Unternehmensmitbestimmung durch eine Beteiligung von Beschäftigten und Gewerkschaften in Aufsichtsräten und durch die grundsätzlich gesicherte Tarifautonomie gefunden worden. Heute werden diese Antworten nicht mehr akzeptiert und Mitbestimmung von abhängig Beschäftigten in den verschiedensten Formen wird heute mit der Begründung von Globalisierung prinzipiell in Frage gestellt. Mit Verweis auf den ökonomischen Nutzen und die Anpassung an ökonomische Prozesse werden diese prinzipiellen Verfahrensfragen in Frage gestellt. Die Funktion der Gewerkschaften ist, die Ausweitung der Möglichkeiten der Menschen, ein besseres Leben zu führen. Das Ziel der Unternehmen ist ein abstrakter, ökonomischer Nutzen, wie beispielsweise die Erhöhung der Eigenkapitalmargen oder die kurzfristig orientierte Shareholder-Fixierung. Im Sinne einer moralisch verwerflichen Handlung ist dieses nicht zu kritisieren, sondern die entscheidende Frage ist: Gibt es für dieses Handeln von Ökonomen einen rechtlichen und gesetzlichen Handlungsrahmen, der derartiges Handeln begrenzt und auf eine andere Stufe stellen kann? Und aus dem Widerspruch dieser beiden grundsätzlichen Prinzipien, den abstrakten, ökonomischen Nutzen zu mehren und den, die Freiheit der Menschen ihr eigenständiges Leben führen zu können, führt keine moralische Elitendebatte heraus, sondern nur ob Staat und Gesellschaft in der Lage sind eigene Interessen durchzusetzen.

Zweitens: Was haben eigentlich Gewerkschaften in der Politik für eine Rolle? In der Politik haben Gewerkschaften eine begrenzte Rolle. Gewerkschaften

beteiligen sich an Meinungsbildung, streiten im öffentlichen Meinungskampf für die Interessen ihrer Mitglieder und ihre Auffassungen, mobilisieren die Menschen notfalls für oder gegen eine bestimmte Politik. Gewerkschaften entscheiden aber nicht über Gesetze und Verordnungen und tragen dafür keine Verantwortung. Zumindest in Zeiten rot-grüner Koalition gab es nach Auffassung von Guggemos eine interessante Vermischung der Verantwortung. Gewerkschaften waren zwar nicht in das Privileg der Entscheidung eingebunden, sollten aber über moralische Drucksituationen in die Verantwortung für die Folgen der Entscheidung einbezogen werden.

Drittens: Warum ist das Thema „Werte und Verantwortung“ ausgerechnet bei den Gewerkschaften mit dem Begriff international verbunden? Eine Begründung liegt für Guggemos darin, dass es zwischen dem wie Gewerkschaften real örtlich handeln, und dem was ihr internationaler Anspruch ist, zumindest viel Erklärungsbedürftiges, manchmal sogar Widersprüchliches steckt. Wenn ein Standort, wie das bei AEG der Fall war, der eine Rendite von acht bis neun Prozent erbrachte, deswegen verlagert wurde, weil er woanders zwölf Prozent Rendite bringen könnte, zeigt dieses Beispiel die Dilemmasituation auf, die entsteht, wenn Gewerkschaften, Betriebsräte und Aufsichtsräte mit den Belegschaften gemeinsam dafür kämpfen, dass Standorte und damit Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben. Hier besteht das Problem nicht in dem Verhalten vor Ort, sondern das eigentliche Problem ist der rechtliche Rahmen, unter dem gehandelt werden muss, der nicht so gestaltet ist, dass es zum vernünftigen Ausgleich unterschiedlicher Interessen kommen kann. Es fehlt resümiert er, der gesetzliche, europäische Rahmen. Dazu drei Beispiele: In Europa ist es immer noch möglich über Steuerdumping letztendlich Verlagerungsprozesse zu organisieren; es gibt Aufsichtsräte, in denen die Begründung einer Investitionsentscheidung mit China unter ande-



rem damit begründet wurde, dass es dort innerhalb von einem Monat es möglich ist, Investitionsentscheidungen zu bekommen. Und als letztes Beispiel: In Deutschland haben Gewerkschaften dafür gekämpft, dass in großen Unternehmen, die inzwischen internationale Wertschöpfungsketten haben, Social Contacts (Betriebsvereinbarungen) geschlossen werden, die die Unternehmen verpflichten, in ihrer gesamten Wertschöpfungskette dafür zu sorgen, dass die Kernarbeitsnormen – wie z.B. keine Kinderarbeit, keine Sklavenarbeit, freie gewerkschaftliche Betätigung – die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgestellt wurden, eingehalten werden. Und wir stellen in Unternehmen fest, dass wir oft solche Social Contacts nur dann vereinbaren können, wenn deutsche Belegschaften bereit sind, dafür etwas zu bezahlen, also auf etwas zu verzichten. Zusammengefasst:

- Gewerkschaften müssen in den aktuellen Auseinandersetzungen ihren Wertbezug, also die Freiheit der Lebensführung der abhängig Beschäftigten viel stärker hervorheben; sie dürfen sich aber nicht in Verantwortungen ziehen lassen, über die sie keine Entscheidungsbefugnisse haben.

- Es ist zentrale Verantwortung von Politik, gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen dafür zu sorgen, dass nicht nur moralisch über Folgen von Globalisierung diskutiert wird, sondern dass dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert werden, in der Bundesrepublik, in Europa, in der Welthandelsorganisation (WTO) und in vielen anderen Bereichen.

- Wenn eine Bundesregierung – das war bei Rot-Grün genauso wie es jetzt bei Schwarz-Rot ist –, in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation die Frage der Verankerung der zuvor genannten Minimalkernarbeitsnormen nicht als ein Bestandteil externer Handelsaußenpolitik versteht, sondern dem Bereich des Arbeitsministers zugeordnet wird, dann zeigt sich, dass die politischen Eliten in der Bundesrepublik teilweise ein völlig falsches Verhältnis dazu haben, um was die Auseinandersetzungen eigentlich zu gehen haben und dort würden wir uns gerne der Verantwortung stellen.



JOCHEN DIECKMANN

## Sozialdemokratische Grundwerte, Globalisierungszwang und die Verantwortung der politischen Eliten



Jochen Dieckmann formuliert mit einer persönlichen Erklärung sein Unbehagen an der Elitediskussion, die er als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und als Angehöriger der Nachkriegsgeneration hat. Für die Zukunft bleibt für Dieckmann wichtig mehr Diskurse zwischen den Eliten herzustellen und die Zugangsgerechtigkeit und die Pluralität zu sichern. Er betont dennoch, dass die Aufbauleistung und die Gründung und Stabilisierung der Demokratie im Nachkriegsdeutschland auch gezeigt hat, dass Eliten ihre Rolle sehen und sie wahrnehmen können. Er formuliert zwei Ebenen um die es in seiner Betrachtung geht: Einmal geht es um die Frage nach der Rolle und der Verantwortung der Eliten. Es geht aber auch um die Rolle ethischen Verhaltens, von Kodizes, von Normen. Ein breites Bedürfnis nach Orientierung ist seit geraumer Zeit zu beobachten, woran es auch immer liegt. Möglicherweise liegt es an der neuen Unübersichtlich-

keit (Habermas) oder der Globalisierung. Oder als späte Folge eines Wertpluralismus in den 80er Jahren, bis hin zu einem übersteigerten Freiheitsbegriff.

Dieckmann betont die Grenzen dessen, was politisch machbar ist: Politik ist in einer deutlich schwierigeren Lage als vor zwei oder drei Jahrzehnten. Woran liegt das? Die Aufgaben sind komplexer und komplizierter geworden; es gibt praktisch keine schnellen, geschweige denn einfachen Antworten. Die politische Willensbildung wurde bewusst langwieriger und fairer ausgestaltet, Legitimation durch Verfahren ist uns ein ganz hohes Gut geworden. Wir haben ein ausdifferenziertes System von Checks and Balances, Stichwort Föderalismusreform. Wir haben Interessenverbänden mehr Gehör und Gestaltungsmacht gegeben, aber auch festgestellt, dass sie da zum Teil zur Verhinderungsmacht geworden sind. Oft ist auch die Bürgerbeteiligung ein Bonus für die Mutigen und die Vorlauten geworden. Hier hat Politik eine ganz wichtige Aufgabe, auch gegen einen scheinbaren oder vermuteten Mainstream Verantwortung wahrzunehmen. Zweitens geht es darum, dass in der Öffentlichkeit, in der publizierten Meinung, aber auch in der Ansprache durch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, sich die Erwartungen und Wünsche immer mehr widersprechen. Es wird privater Wohlstand verlangt, aber auch gleichzeitig öffentliche Versorgung; es wird eine perfekte Infrastruktur erwartet und einen Wettlauf in der öffentlichen Debatte um

Jochen Dieckmann, MdL, geb. 1947,  
Staatsminister a.D.

niedrige Steuersätze. Hier hat sich Politik schuldig gemacht, indem sie allzu oft den Eindruck des anything goes vermittelt hat und mehr Ankündigungspolitik geworden ist als Ergebnisbericht-erstattung.

Dieckmann plädiert für mehr Kooperationen der politischen Eliten als bisher und formuliert einige Gründe die dafür sprechen:

- Medien belohnen vielfach Verhaltensweisen, die originäres politisches Handeln erschweren oder gar ausschließen, sie belohnen die Eitlen und Profilierungssüchtigen. Was den Medien gut tut, auch finanziell, tut der Politik allerdings meistens gar nicht gut.
- Einen Konsens über bestimmte Werte zu erzielen ist schwieriger geworden. Mit der einsetzenden Globalisierung hat der Rheinische Korporatismus seinen Boden verloren.
- Das eingangs beschriebene Bedürfnis nach Orientierung, nach Standortbestimmung ist eine Diskussion, die alle Parteien zurzeit führen.
- Im Kern geht es um zwei Stichworte: Das sind die Rolle des Staates und die Handlungsmöglichkeiten in der Globalisierung. Es wäre schön, wenn die Wertedebatte zwischen den großen Parteien wenigstens hier einen Konsens hätte.
- International geht es darum, die sinkende Macht der Nationalstaaten auszugleichen, das heißt dann im parteipolitischen Alltagsgeschäft, dass die Parteien – und die SPD an der Spitze – die Europawahlen ernster nehmen müssen. Wer ein starkes europäisches Parlament will, das den Ausbau Europas zu einer sozialen Union sichert, (Stichwort

Dienstleistungsrichtlinie), der muss auch dafür sorgen, dass dieses Parlament die nötige Akzeptanz hat.

- Im internationalen, im globalen Maßstab muss die Orientierung auf die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die Kraft, die im Bürgerengagement und in gesellschaftlichen Organisationen liegt, gelenkt werden.

Abschließend: Was können Eliten tun? Erstens, Sie müssen sich ihrer Gestaltungsaufgabe stellen – jeder in seinem Bereich. Für die SPD ist das ein zentraler Punkt neben dem Staatsbegriff. Wir wollen gestalten im nationalen, aber auch im internationalen Kontext. Zweitens, die Verantwortung, das ist das Zweite, allerdings auch von anderen einfordern. Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft durch große Steuerentlastungsprogramme gefördert wird, ohne dass sie zusätzliche Anstrengungen macht. Das gilt für die Ausbildung, aber auch für die Arbeitsplätze. Wenn gestern und heute der Allianzkonzern ankündigt, in Köln Tausende Arbeitsplätze abzubauen in einer Situation, wo die Unternehmenszahlen geradezu strahlend gewesen sind, dann ist auch nach der „Verantwortung“ der Wirtschaft zu fragen. Drittens, Politik hat zu viele Spezialisten fürs Spezielle, benötigt werden zukünftig Spezialisten fürs Generelle. Viertens, zum Stichwort Nachhaltigkeit: Politik muss in die Lage versetzt werden, auch in längeren Zyklen, in längeren Rhythmen zu denken. Fünftens, abschließend, tagespolitisch etwas zum Thema Zugangsgerechtigkeit. Wenn die Sozialdemokratie soziale Gerechtigkeit als Zugangsgerechtigkeit versteht, dann haben wir auch in der Tagespolitik mit einer anspruchsvollen auf Zugang gerichteten Bildungspolitik am ehesten die Möglichkeit, das konkret werden zu lassen.

**Bisher erschienen:**



Globale Demokratisierung und die Rolle Europas



Lokaljournalismus und Kommunalpolitik: Ganz nah am Wandel der Gesellschaft



Religion und Politik Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich



Braucht Deutschland Religion?



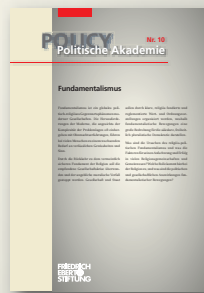
Die Zukunft des Sozialstaats



Das neue Grundsatzprogramm der SPD Herausforderungen und Perspektiven



Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie



Fundamentalismus



Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft



Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?



Weltethos und Weltfriede